**Zeitschrift:** Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
**Herausgeber:** Sozialdemokratische Partei der Schweiz
**Band:** 57 (1978)
**Heft:** 9

**Artikel:** Für den Frieden im Nahen Osten : Sozialisten suchen einen Weg
**Autor:** Brügel, J.W.
**DOI:** https://doi.org/10.5169/seals-347569

**Nutzungsbedingungen**
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

**Conditions d'utilisation**
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

**Terms of use**
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

**Download PDF:** 12.07.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch**

## Aus der internationalen sozialistischen Bewegung

### Für den Frieden im Nahen Osten — Sozialisten suchen einen Weg

Die – in den Tageszeitungen nur kurz gestreifte – «Wiener Erklärung» vom 10. Juli 1978, ausgegeben von Willy Brandt und Bruno Kreisky, der erstere Präsident, der andere einer der Vizepräsidenten der Sozialistischen Internationale, verdient in ihren entscheidenden Teilen als eine bedeutsame sozialistische Initiative zur Ermöglichung einer friedlichen Lösung im Nahen Osten wörtlich wiedergegeben zu werden. Wie man weiss, ist es durch Vermittlung des österreichischen Regierungschefs Bruno Kreisky schon zum zweitenmal zu einer Aussprache zwischen dem ägyptischen Präsidenten Sadat und dem Führer der israelischen Sozialisten Simon Peres gekommen; an den Besprechungen in Wien hat Willy Brandt teilgenommen. Da die Arbeiterpartei Israels durch den Ausgang der Wahlen im Mai 1977 in die Opposition gedrängt worden ist, konnte es sich hier um keine Verhandlungen im engeren Sinne des Wortes handeln, weil die israelischen Sozialisten der Regierung ihres Landes nicht ins Handwerk pfuschen wollen. Nichtsdestoweniger haben die Wiener Gespräche zur Klärung der Atmosphäre beigetragen und haben Brandt und Dr. Kreisky zu einem Versuch veranlasst, einen sozialistischen Friedensplan auszuarbeiten, der zwar nicht die Lösung eines der verwickeltsten Probleme der Gegenwart bringen kann, aber eine Lösung näher bringen und den toten Punkt überwinden könnte, wenn er angenommen wird.

«Unsere Initiative», heisst es einleitend, «erfolgte im Geist der Grundsätze der Sozialistischen Internationale, die die Beilegung internationaler Konflikte durch friedlichen Dialog im Geiste der menschlichen Solidarität vorsehen.» Die Autoren glauben, die gemeinsamen Auffassungen der sozialdemokratischen Bewegung durch ihre Vorschläge richtig zu interpretieren – es handelt sich also noch um keine formellen Beschlüsse der Internationale, die zu der Wiener Erklärung auf der nächsten Bürositzung der Internationale im September 1978 in Paris und am nächsten Kongress im November in Vancouver (Kanada) Stellung nehmen wird.

Die beiden ersten Absätze der Erklärung betonen die Notwendigkeit der Fortführung von Friedensgesprächen zwischen Ägypten und Israel. Im Nahen Osten müsse ein neues System regionaler Beziehungen, aufgebaut auf enger Zusammenarbeit, geschaffen werden. Der Kern des Problems ist in den nächsten beiden Absätzen angesprochen:

> «Ein wichtiges Element in der Friedensregelung ist die Schaffung sicherer Grenzen im Einklang mit den Resolutionen des Sicherheitsrates 242 und 338. Israel würde sich in jedem Sektor bis zu den so vereinbarten Grenzen zurückziehen. Die genaue Festlegung der Friedensgrenzen bliebe den Friedensverhandlungen vorbehalten. Es sollten auch Vorkehrungen für Demilitarisierung und für israelische Schutzmassnahmen in Gegen-

den vorgesehen werden, in denen es die Notwendigkeiten der Sicherheit erfordern.
Die Schaffung des Friedens hat die Lösung des palästinensischen Problems in allen seinen Aspekten zur Notwendigkeit. Sie muss die Anerkennung der Rechte der Palästinenser zur Mitbestimmung ihrer Zukunft im Wege von Verhandlungen einschliessen, an denen sie durch ihre gewählten Vertreter teilnehmen.»

Zum Verständnis sei gesagt, dass die Resolution des Sicherheitsrates 242 aus dem Jahre 1967 die einzige gemeinsame Grundlage für eine Beilegung des Konflikts ist, für die auch die Sowjetunion gestimmt hat. Sie leidet darunter, dass ihr englischer Text (sie wurde in dieser Sprache abgefasst und nur in ihr diskutiert) von der Räumung «1967 besetzter Gebiete durch Israel» spricht, die französische Fassung aber von der Räumung «der 1967 besetzten Gebiete», also aller. (Die Resolution 338 aus dem Jahre 1973 verweist die Parteien auf den Verhandlungsweg.) Ohne es direkt zu sagen, hält sich die Wiener Erklärung an den englischen Text: Israel soll die Gebiete räumen, die ihm nicht auf Grund einer Friedensregelung zufallen.

Die Wiener Erklärung wurde sofort von Moskau und den Sadats Friedensinitiative ablehnenden arabischen Staaten dafür kritisiert, dass in ihr nichts vom Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser und einem eigenen palästinensischen Staat steht. Sie lehnt ihn aber auch nicht ab, sondern legt allen Nachdruck auf den Verhandlungsweg. Die Wendung von den gewählten Vertretern der Palästinenser scheint die PLO (Palästinensische Befreiungsorganisation), die in Israel illegal ist, als Verhandlungspartner auszuschliessen.

Wiewohl die Erklärung von Brandt und Kreisky Israel Opfer auferlegt, für die auch die sozialistische Opposition in Israel noch keine Bereitschaft gezeigt hat, hat Simon Peres auf Anfragen, die an ihn bei einer Pressekonferenz in London gerichtet wurden, diese begrüsst und ihr im grossen und ganzen zugestimmt. *J. W. Brügel*